

An den
Grossen Stadtrat
8200 Schaffhausen

Schaffhausen, 13. Mai 2025

**Kleine Anfrage Jean-Marc Behr (FDP),
«Etablierung von offenen Drogenszenen und Verbreitung von harten
Drogen verhindern» (Nr. 8/2025)**

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Datum vom 24. März 2025 hat Grossstadtrat Jean-Marc Behr (FDP) eine Kleine Anfrage zum Thema «Etablierung von offenen Drogenszenen und Verbreitung von harten Drogen verhindern» eingereicht.

Darin führt Grossstadtrat Jean-Marc Behr aus, dass das Drogenelend in diversen Städten Einzug halte und sich auch in einigen Schweizer Städten, wie zum Beispiel Chur, offene Drogenszenen etablierten. Fentanyl und Crack würden starke gesundheitliche Schäden und hohe soziale Kosten verursachen. Ferner erzeuge Drogenelend Kriminalität, was schlussendlich für die ganze Gesellschaft spürbar negative Folgen mit sich bringe.

Der Stadtrat beantwortet die Fragen wie folgt:

1. Wie schätzt der Stadtrat die Situation ein?

In der Stadt Schaffhausen gibt es derzeit keine Anzeichen für eine Entwicklung, wie sie teilweise in anderen kleineren und grösseren Städten der Schweiz erkennbar ist. Weder die städtische Verwaltung, die Schaffhauser Polizei oder der Verein für Jugendfragen Prävention und Suchthilfe (VJPS) erkennen in ihrer täglichen Arbeit die Bildung einer offenen Drogenszene. Der im Auftrag der Stadt durch den VJPS betriebene Tagesraum (Konsum- und Injektionsraum, TASCH) verzeichnet keine Besucherinnen und Besucher mehr, die für den Zweck des Konsums von Suchtmitteln den Raum aufsuchen. Die Anzahl dieser Nutzerinnen und Nutzer nahm über die letzten Jahre kontinuierlich ab. Der TASCH wird jedoch noch regelmässig von Personen aufgesucht, die Einzelfallhilfe in Anspruch nehmen oder Spritzen tauschen möchten (4'000 Spritzen im Jahr 2024), dies entspricht also nach wie vor einem Bedürfnis. Dieses Angebot wird auch im Rahmen der Prävention von Infektionskrankheiten unterstützt.

Der Konsum von Suchtmitteln hat sich seit Gründung des TASCH verändert. Gemäss Angaben des VJPS praktizieren immer weniger Personen einen intravenösen Konsum von Suchtmitteln. Es ist eine Zunahme von alternativen Konsumationsformen wie Rauchen und Sniffen festzustellen, die standortunabhängig erfolgen.

Obwohl zurzeit kein Anstieg von Suchtmittel-Konsumierenden zu verzeichnen ist, erachtet es der Stadtrat als wichtig, dass ein Konsumationsraum als Grundangebot im Bereich der Schadensminderung aufrechterhalten wird, um allenfalls gewappnet zu sein, wenn sich die Entwicklung einer offenen Szene, wie dies in Chur geschehen ist, abzeichnen sollte. Der Begriff der Schadensminderung drückt aus, dass Verbesserungen der Situation von Suchtbetroffenen auch dann angestrebt werden, wenn der Konsum aufrechterhalten wird.

2. Ist in Schaffhausen schon eine solche Entwicklung zu sehen bzw. wurde schon eine Zunahme von Fentanyl, Crack oder anderen harten Drogen beobachtet?

Weder die Schaffhauser Polizei noch der VJPS können eine wesentliche Veränderung beim Konsum von Suchtmitteln auf dem Platz Schaffhausen feststellen. Der Konsum von Kokain hat leicht zugenommen, jedoch nicht wesentlich. Die Anzahl der Betäubungsmitteldelikte sind im Jahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr unverändert geblieben. Im Vergleich zu Zürich oder Chur sind in Schaffhausen keine speziellen Trends festzustellen. Sicherstellungen von Fentanyl erfolgten in den letzten fünf Jahren gemäss Angaben der Schaffhauser Polizei keine; Crack (für den Konsum verändertes Kokain) wird selten sichergestellt.

3. Was gedenkt der Stadtrat zu tun, damit sich in Schaffhausen keine offenen Drogenszenen etablieren?

Grundsätzlich stützt sich die Schweizer Suchtpolitik auf der Ebene des Bundes, der Kantone und der Gemeinden auf vier Säulen:

1. Gesundheitsförderung, Prävention und Früherkennung
2. Therapie, Beratung und Wiedereingliederung
3. Schadensminderung, Risikominimierung und Überlebenshilfe
4. Regulierung und Vollzug

Die «Vier-Säulen-Politik» wurde vor dem Hintergrund der offenen (Heroin-)Konsumszenen entwickelt und im Jahr 2008 gesetzlich verankert. Sie gilt noch heute als erfolgreiche Strategie, um negative Folgen für Konsumierende und die Gesellschaft nachhaltig zu vermindern. Die Massnahmen zur Umsetzung der Vier-Säulen-Politik obliegen nach Art. 1a des Betäubungsmittelgesetzes dem Bund und den Kantonen. Den Städten und Gemeinden wird keine explizite Aufgabe zugewiesen. Neue Entwicklungen bezüglich Substanzkonsum sind indes meist zuerst und am deutlichsten in den Städten sichtbar. Entsprechend spielten die Städte eine entscheidende Rolle in der Entwicklung der Vier-Säulen-Politik in den 1980er- und 1990er-Jahren und haben diese Pionierrolle noch heute.

Im Bereich der Schadensminderung und der Überlebenshilfe stellt die Stadt Schaffhausen seit jeher eine Notschlafstelle zur Verfügung und orientiert sich an bedarfsgerechten Angeboten (vgl. dazu auch Antwort zu Frage 4).

Ein entscheidender Erfolgsfaktor in der Umsetzung der Vier-Säulen-Politik und der Verhinderung einer offenen Drogenszene liegt darin, dass die Institutionen und Fachpersonen sich über ihre jeweilige «Säule» hinweg vernetzen, sich über ihre jeweiligen Beobachtungen, Erfahrungen und Lösungsansätze austauschen und zusammenarbeiten. Die Stadt Schaffhausen ist als Mitglied der Städteinitiative Sozialpolitik zu dieser Thematik mit anderen Schweizer Städten vernetzt. Ebenfalls bestehen regionale Gefässe, bspw. mit der Schaffhauser Polizei und anderen Institutionen wie dem VJPS, in welchen die verschiedenen Perspektiven und Beobachtungen zusammengebracht und gemeinsam bewertet werden. Die Stadt Schaffhausen nutzt zum Erfahrungsaustausch zwischen den verschiedenen Akteuren auch die Kommission für Sozialbelange und Suchtmittel, in welcher Information und Austausch über aktuelle Entwicklungen erfolgen.

Im Rahmen der bestehenden Leistungsvereinbarung mit dem VJPS werden zudem laufend bedarfsgerechte Angebote entwickelt, die die aktuellen Bedürfnisse aufnehmen. So weist das Angebot des VJPS, auch aufgrund des veränderten Konsumverhaltens, vermehrt aufsuchende Elemente auf. Mit der aufsuchenden Sozialarbeit ist der VJPS besonders am Bahnhof präsent, bietet aber auch neben dem Konsumraum niederschwellige Grundangebote für Personen in prekären Lebenslagen an (Einzelfallhilfe, Beratung, Waschmöglichkeit, Mahlzeiten, Kleiderabgabe, Internet- und Telefonzugang).

4. Wie will der Stadtrat vorgehen, um einer Verbreitung von harten Drogen vorzubeugen, oder diese bestmöglich gänzlich zu verhindern?

Grundsätzlich sind die Polizei und die Strafverfolgungsbehörden dafür zuständig, den illegalen Drogenhandel zu bekämpfen. Die Städte können den sich verändernden Konsumententwicklungen bei illegalen Substanzen mit verschiedenen Instrumenten begegnen. Drei wichtige Handlungsbereiche haben sich im Erfahrungsaustausch mit anderen Städten, die der Städteinitiative Sozialpolitik angehören, als zentral herausgestellt: Die Zusammenarbeit und Vernetzung, das Vorhandensein von niederschweligen, schadensmindernden Angeboten und die Schaffung von Akzeptanz in der Bevölkerung und in der Politik.

Der Stadtrat setzt auf die Bereitstellung von niederschweligen Angeboten in der Schadensminderung. Diese Angebote dienen dazu Personen, die sich in prekären Lebenslagen befinden, ein Grundangebot an Hilfe und Unterstützung zugänglich zu machen. Personen mit einer Suchterkrankung sind häufiger als die Gesamtbevölkerung von einer instabilen oder prekären Wohn- oder Lebenssituation betroffen. Dazu hat die Stadt eine Leistungsvereinbarung mit dem VJPS abgeschlossen, welcher den Betrieb des bereits erwähnten Konsumationsraums, die aufsuchende Sozialarbeit im öffentlichen Raum und die oben beschriebenen, niederschweligen Angebote sicherstellt.

Aufsuchende Sozialarbeit

Aufsuchende Angebote ermöglichen es, mit suchtbetroffenen Personen in Kontakt zu treten, die (noch) nicht in eine regelmässige Hilfsstruktur eingebunden sind und z.B. keinen Konsumraum oder andere Hilfeleistungen aufsuchen können oder wollen. Aufsuchende Arbeit folgt dem Prinzip, dass vor Ort und in niederschwelliger Weise denjenigen Personen Unterstützung angeboten wird, die sich im öffentlichen Raum aufhalten. Wesentliches Merkmal ist das aktive Aufsuchen und das in Kontakt- und in Beziehung-Treten. Die aufsuchende Sozialarbeit kennt damit die jeweils aktuelle Lage und dient auch als Frühinterventions-/erkennungssystem.

Die Legislaturmassnahmen 2025-2028 des Stadtrates weisen mit der Massnahme "Aufsuchende Sozialarbeit im öffentlichen Raum ausbauen" einen Schwerpunkt in diesem Bereich auf.

Zusammenarbeit etablieren und pflegen

Zusammenarbeiten zwischen den Fachbereichen, den Gemeinden und dem Kanton zu pflegen wird als wichtigste Grundlage zur Verhinderung einer Drogenszene angesehen. Ziel ist es jeweils, eine integrierte Sicht auf das Geschehen zu erlangen, die Aufgaben und Schnittstellen der verschiedenen Beteiligten (z.B. Suchthilfe, Psychiatrie, Polizei etc.) zu klären und sich auf Lösungen zu einigen, die alle mittragen.

Wohnhilfen

Personen mit problematischem Substanzkonsum sind vermehrt von Schwierigkeiten beim Aufrechterhalten der Wohnsituation betroffen. Dieser Faktor erhöht das Stresslevel, beeinträchtigt die gesundheitliche und die soziale Situation und hat mittelbar und auch unmittelbar Auswirkungen auf den Konsum. Zur Stabilisierung der betroffenen Personen muss daher oft eine Lösung für die Wohnsituation und allenfalls die Betreuung gefunden werden. Die Legislaturmassnahmen 2025-2028 des Stadtrates weisen mit der Massnahme "Angebote zur Unterstützung von Menschen in prekären Wohnverhältnissen ausbauen und vermitteln" auch dazu einen Schwerpunkt in diesem Bereich auf.

Ein wichtiger Bestandteil ist ebenfalls die umfangreiche Präventions- und Beratungsarbeit, die mittels Leistungsvereinbarung des Kantons im Suchtbereich durch den VJPS durchgeführt wird.

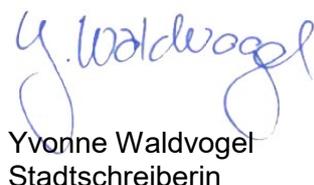
Der Kanton Schaffhausen erarbeitet derzeit eine Suchtstrategie, in welche auch der Bereich Soziales der Stadt sowie alle relevanten Stellen und Institutionen des Kantons Schaffhausen involviert sind. Der Stadtrat wird die kantonale Suchtstrategie prüfen, sobald sie vorliegt und gegebenenfalls seine Angebote in Zusammenarbeit mit dem Kanton darauf abstimmen.

Freundliche Grüsse

IM NAMEN DES STADTRATS



Peter Neukomm
Stadtpräsident



Yvonne Waldvogel
Stadtschreiberin